

Kreiswahlprogramm 2008-2013

(in der Fassung des Kreisparteitagsbeschlusses vom 23. Februar 2008)



Inhalt

Präambel	3
I. Lebensvielfalt in unseren Kommunen	4
• Bildung	4
• Kultur.....	5
• Sport	6
II. Lebensqualität in unseren Kommunen	
– den gesellschaftlichen und demografischen Wandel gestalten.....	7
• Familien-, Erziehungs- und Lebensberatung.....	7
• Suchtberatung	7
• Eingliederungshilfen	7
• Arbeitslosengeld II.....	7
• Familie.....	8
• Ältere Menschen	8
• Jugend.....	9
• Gleichstellung	9
• Sicherheit in der Kommune	10
• Feuerwehr und Rettungswesen	10
III. Florierende Wirtschaft – sichere Arbeitsplätze.....	11
• Unterstützung und Stärkung ansässiger Betriebe.....	11
• EU-Projekte für den ländlichen Raum	11
• Moderne Technologien und Bildung	11
• Aktive Wirtschaftsförderungsgesellschaft für alle Kommunen.....	12
• Sparkassen privatisieren.....	12
• IHK, Handwerkerschaft und Gewerberinge	12
• Öffentlicher Personennahverkehr	13
• Innovative Verkehrsprojekte.....	13
IV. Umwelt und Naturschutz vor Ort – Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.....	14
• Umwelt und Naturschutz.....	14
• Klima- und Ressourcenschutz	14
• Abfallwirtschaft und Wegezweckverband	15
V. Liberale Bürgergesellschaft in der Kommune	15
• Bürgerfreundliche Verwaltung heißt Serviceorientierung	15
• Solide Finanzen – verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger	16
• Zukunftsstrategie der FDP	17
• Kooperation der Kreise.....	17
• Kostenbewusstsein durch Vergleichbarkeit	17
• Kooperation der Kreise mit privaten Dienstleistungsanbietern (ÖPP/PPP)	17
• Neues Schulden- und Zinsmanagement	18
• Keine Enteignungspolitik durch das Land.....	18
• Mehr Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)	18
• Gründung einer Kulturstiftung	18
• Keine willkürliche Manipulation der Kreisumlage – Schaffung einer Kreissteuer	18
Impressum.....	20

Präambel

Das Programm des FDP-Kreisverbandes Segeberg für die Wahlperiode 2008 bis 2013 ist eine Fortschreibung der Kreiswahlprogramme, die wir jeweils zu den anstehenden Kommunalwahlen beschlossen haben. Vieles wurde in den vergangenen Jahren, auch durch unsere Mitarbeit im Kreistag und in den Ausschüssen des Kreistages erreicht.

Viele Einzelvorhaben bedürfen der ständigen Pflege und müssen periodisch fortentwickelt werden.

Liberaler setzen auf das Engagement, die Kreativität sowie die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger.

Sie sehen sich als Verbündete aller, die sich in Vereinen und Verbänden ehrenamtlich für das Gedeihen ihrer Kommune einsetzen.

Durch Leistungsgesetze des Bundes und des Landes ist der Kreis Segeberg an die Grenze seiner finanziellen Belastbarkeit gekommen.

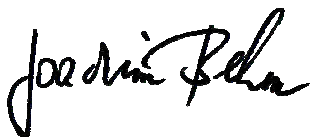
Die FDP hat - auch durch schmerzhaftes Einschnitte - große Anstrengungen unternommen, die Ausgaben einzudämmen.

Die FDP will durch effiziente Verwaltungsstrukturen, sparsamen Umgang mit den Steuergeldern und zielgerichtete Investitionen die Lebensqualität in unseren Kommunen verbessern.

Ein Hauptaugenmerk wird die FDP dabei auf die hohe Qualität der Ausstattung und des Unterrichts an unseren Schulen richten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für gleiche Bildungs- und Lebenschancen.

Wir wollen weiter das Notwendige tun. Was andere aber besser und preiswerter können als der Staat, das wollen wir privaten Anbietern überlassen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, beenden Sie absolute Mehrheiten, stärken Sie die Liberalen in Ihren Heimatparlamenten. Wir bitten dazu um Ihre Mithilfe und um Ihre Stimme bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2008.



Joachim Behm
- Kreisvorsitzender -

I. Lebensvielfalt in unseren Kommunen

Bildung, Kultur und Sport sind die Voraussetzungen für den Bestand eines funktionierenden und (nicht nur sozial) gesunden Gemeinwesens, das es den Bürgern ermöglicht, erfolgreich am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und dieses aktiv zu gestalten.

- Für die FDP bedeutet **Bildung** weit mehr als schulischer und berufsschulischer Lernstoff. Bildung ist mehr als Mathematik, Deutsch und Englisch. Bildung im liberalen Sinn hört nicht mit dem Schul- oder Berufsabschluss auf. Sie ist eine Daueraufgabe und bedeutet für die FDP die Vernetzung des in der Schule Gelernten mit sozialen wie kulturellen Erfahrungen. Die so gewonnenen Erkenntnisse bilden die Kompetenz zur Gestaltung und Entwicklung unserer Gesellschaft – und dies ist die Grundlage für unseren Wohlstand.
- Kunst und **Kultur** sind von zentraler Bedeutung für die Lebenserfüllung und die Selbstfindung der Menschen. Kunst und Künstler geben durch Ihre freie Betrachtung - fernab von Dogmen und Schablonen - Anstöße für neue Entwicklungen in vielen Bereichen der Gesellschaft. Die Integration aller bei uns vertretenen Kulturen ist im liberalen Verständnis eine Verpflichtung und zugleich die Chance zur Bereicherung und Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.
- Die Bedeutung des **Sports** für die körperliche Gesundheit und Ertüchtigung ist unbestritten. Die Liberalen sind ein starker Förderer des Sports, denn für die FDP hat die Bedeutung des Sports eine höhere Dimension und eine sehr viel größere Bedeutung: Die Regeln des menschlichen Zusammenlebens bleiben Makulatur, wenn sie nicht eingeübt und gelebt werden. Die heute eingeforderten Schlüsselqualifikationen - auch Soft Skills genannt - wie Fairness, Disziplin, Ausdauer, Zielstrebigkeit, Eigenverantwortung, Engagement, soziale Kompetenz, Teamfähigkeit und Integrationsfähigkeit sind Grundpfeiler liberaler Gesellschaftspolitik und gleichzeitig Fertigkeiten, die im Sport trainiert und gelebt werden.

Bildung

Die Landesregierung hat ein neues Schulgesetz vorgegeben. Die FDP ist der Auffassung, dass das neue Schulsystem der Bildung zukünftiger Generationen mehr schadet als nutzt. Auf kommunaler Ebene kann die FDP nur noch begrenzt, aber dennoch wirkungsvoll Einfluss nehmen.

Die FDP begrüßt ausdrücklich die Stärkung des elterlichen Willens bei der Wahl von Schulart und -ort. Unsere langjährige Forderung nach mehr Wettbewerb beim Bildungsangebot zur Verbesserung seiner Qualität ist endlich umgesetzt worden – die Eltern können jetzt „mit den Füßen abstimmen“, was das beste Bildungsangebot für ihre Kinder ist.

- Die FDP wird auf die Veröffentlichung von Leistungsprofilen der neuen Schularten drängen und die Eltern entsprechend aufklären.
- Die FDP setzt sich für die Ausweitung des Schülerbeförderungsangebots von und zu den Ganztagschulen ein, passend zu den Betreuungsangeboten am Nachmittag. Die FDP wird entsprechende Initiativen im ÖPNV Beirat ergreifen.
- Die FDP setzt sich für die weiträumige Einführung von offenen Ganztagschulen ein.
- Die FDP setzt sich für die bessere Sachausstattung der (nicht nur) berufsbildenden Schulen ein, damit diese den künftig ansteigenden Anforderungen zur Berufsqualifizierung von Regional- und Gemeinschaftsschülern gewachsen sind.
- Die FDP setzt sich für die Stärkung des Bildungsangebots in den Kindertagesstätten ein, damit alle Kinder beim Schuleintritt mit 6 Jahren gleiche Chancen in der Eingangsstufe der Grundschule haben.

- Die FDP setzt sich für die Bereitstellung eines sozialpädagogischen Beratungsangebots in den Schulen an den sozialen Brennpunkten ein, damit auch dort der Unterricht ordnungsgemäß und ungestört erteilt werden kann.
- Die FDP unterstützt die Ausbildung von Schülern als Schlichter und Konfliktmanager in den Schulbussen („Bus-Engel“), damit Mobbing und Gewalt auf dem Weg zur Schule nicht die Lernfähigkeit der Schüler beeinträchtigen.
- Die FDP setzt sich für die vermehrte pädagogische Nutzung der Schulen und ihrer Einrichtungen in den frühen Abendstunden zur Unterstützung privater Bildungsinitiativen ein. Eine Teilzeitnutzung unserer Bildungseinrichtungen kann und sollte sich unsere Gesellschaft nicht leisten.
- Die FDP setzt für die Förderung der Volkshochschulen ein. Gefördert werden sollen kurs- und projektbezogene Angebote zur beruflichen und persönlichen Fort- und Weiterbildung, zur Bewerbung und zur beruflichen Qualifizierung. Auch die inhaltliche und organisatorische Begleitung der offenen Ganztagsangebote sind eine wichtige Aufgabe der Volkshochschulen.
- Die FDP setzt sich weiterhin - und ungeachtet aller bisherigen Rückschläge - für den Ausbau der räumlichen Möglichkeiten des 'Vereins für Jugend- und Kulturarbeit e.V. (Mühle)' als überregionales Zentrum für die Jugend- und Erwachsenenbildung ein.

Kultur

Kunst und Kultur prägen die geistigen Grundlagen sozialen Handelns und schaffen ein Gegengewicht zu den Tendenzen der Erstarrung, Bürokratisierung und Standardisierung. Sie schaffen Lebensqualität und tragen zur Attraktivität des Standortes bei und sind damit wichtige Standortfaktoren im überregionalen Wettbewerb.

Bevormundung und zensurierenden Eingriff in das Kunst- und Kulturleben lehnen die Liberalen ab, denn die Zukunft unserer Gesellschaft hängt wesentlich davon ab, in welchem Maße der einzelne Bürger seine Kreativität entfalten kann.

Liberaler Kulturpolitik setzt auf die Anerkennung geistiger Kräfte, schöpferischer Fähigkeiten und auf die Eigeninitiative engagierter Bürger und Bürgerinnen. Tatsächlich beruhen die Vielfalt und der Reichtum des kulturellen Angebots in unserer Region im Wesentlichen auf bürgerlichem Engagement in Verbänden und Vereinen.

Die FDP sieht sich in der Pflicht, diesen kulturellen Reichtum zu erhalten und seine Strukturen weiterzuentwickeln.

- Die FDP setzt sich seit Jahren für die Gründung einer Kulturstiftung ein, damit privates Engagement für Kunst und Kultur stärker gefördert wird. Die FDP wird sich weiterhin für die Umsetzung dieses Zieles (aus Erlösen von Privatisierungsprojekten) einsetzen.
- Denkmalschutz bedeutet für die FDP die Bewahrung des kulturellen Erbes und ist eine wesentliche Aufgabe liberaler Kulturpolitik.
- Die FDP drängt auch weiterhin auf die Förderung der musischen und musikalischen (Früh-)Ausbildung von Kindern und Jugendlichen im Vorschulbereich, in Schulen und an Musikschulen.
- Die Buch- und Lesekultur leistet einen besonderen Beitrag zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Freisetzung von Fantasie und Kreativität und zur Wahrnehmung der Informations- und Meinungsfreiheit. Im ländlichen Raum sind die Fahrbibliotheken ein Erfolgsmodell, das aus einer Initiative der FDP entstanden ist. Die FDP setzt sich weiterhin für den Ausbau dieses Projekts ein.

- Die FDP unterstützt die regelmäßige Ausschreibung eines Kunst- und Kulturpreises durch den Kreis Segeberg als Instrument zur Förderung des künstlerischen Schaffens und als Beitrag zur Sicherung der individuellen und sozialen Identität.
- Die Förderung und der Ausbau der Aktivitäten in der Remise waren ein erster Schritt zur Förderung von Kunst im öffentlichen Raum. Die FDP sieht darin einen notwendigen Beitrag zur Unterstützung bildender Künstler und bringt so bildende Kunst einem breiten Publikum nahe. Es ist das kulturpolitische Ziel der FDP, Ausstellungen in öffentlichen Räumen - dazu gehören auch Schulen und Ämter - und die Vernetzung lokaler Initiativen und Angebote zusammen mit dem 'Verein für Jugend- und Kulturarbeit e.V.' zu fördern.
- Kunst und Kultur sind für Gemeinschaft und Verständigung wesentlich. Aktive interkulturelle Integration ist für Liberale eine herausragende Zukunftsaufgabe. Die FDP unterstützt und fördert die Eigenleistungen von Einrichtungen ausländischer Kulturträger. Sie erkennt deren religiöse und kulturelle Identität an. Für Liberale ist die Integration von Bürgern ein wichtiges Anliegen. Auf kultureller (wie auch auf sportlicher) Ebene sind hier am schnellsten sichtbare Erfolge zu erreichen.
- Durch den Ausbau und die Intensivierung von Partnerschaften mit europäischen Städten und Gemeinden will die FDP den Gedanken der Europäischen Gemeinschaft mit Leben erfüllen.

Sport

Regelmäßig betriebener Sport von klein auf – beginnend im Kindergarten – setzt sich im Erwachsenenalter fort. Sportausübung kann organisiert aber auch ungebunden erfolgen. Die vorhandenen Sporteinrichtungen an den Schulen müssen - auch aus Gründen einer sparsamen und effektiven Nutzung der Haushaltsmittel - für die Vereinsnutzung ebenso wie für private Sportinitiativen offen sein. Dies gilt auch für die Ferien.

Sportvereine sind im Hinblick auf Eigenverantwortung und Eigeninitiative herausragende Beispiele funktionierender Bürgeraktivität. Wesentlicher Bestandteil liberaler Sportpolitik ist das Ziel, die Leistungsfähigkeit der Vereine zu stärken. In ihnen erhält der Sport seine Bedeutung als Integrationsfeld aller sozialen und kulturellen Gruppen.

Die FDP ist sich der besonderen präventiven Bedeutung des Sports bewusst und sieht im Sport ein Mittel, Gesundheit und Wohlbefinden zu verbessern, Zufriedenheit und Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und einen Gewinn an Lebensqualität zu bewirken. Angesichts der weiter voranschreitenden Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft kommt dem Bereich des Seniorensports für die Sicherung der Lebensqualität älterer Menschen eine wachsende Bedeutung zu. Hier spielt der Sport als Mittel zur Rehabilitation eine zunehmende Rolle. Für all diese Aktivitäten bedarf es vieler ehrenamtlicher Helfer in der Ausbildung und bei der Durchführung.

- Die FDP setzt sich für eine finanzielle Förderung des Kreissportverbandes ein, die den Breitensport auf eine langfristige und sichere Basis stellt.
- Die FDP setzt sich für die Förderung des Jugendsports und für die Förderung der Ausbildung der ehrenamtlichen Übungsleiter ein.
- Die FDP setzt sich besonders für die Sportförderung im ländlichen Raum ein. Die Höhe der Förderung und das Kursangebot kleiner Vereine darf nicht auf Grund der geringen Anzahl an Mitgliedern beschränkt werden.
- Die Erfahrung zeigt, dass Sport und Kultur in besonderer Weise Menschen aller Länder friedlich zusammenbringen können. Die FDP setzt sich daher für die Förderung von Modellprojekten zur Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen - einschließlich Bürgern und Bürgerinnen, die bzw. deren Vorfahren im Ausland geboren sind - ein. Diese Pro-

jekte können gleichermaßen vereinsgebunden aber auch in privater Initiative durchgeführt werden.

II. Lebensqualität in unseren Kommunen

– den gesellschaftlichen und demografischen Wandel gestalten

Im Mittelpunkt liberaler Sozialpolitik steht der einzelne Mensch.

Die Menschen sind für das Leben in Freiheit unterschiedlich gerüstet. Benachteiligte müssen gefördert, Ursachen der Benachteiligung beseitigt werden. Liberale Sozialpolitik bedeutet, denen Hilfe zukommen lassen, die alleine nicht mehr zurechtkommen.

Familien-, Erziehungs- und Lebensberatung

Auf den Gebieten der Familien-, Erziehungs- und Lebensberatung soll sich der Kreis auf Anfangsberatungen beschränken. Die FDP fordert, darüber hinausgehende Maßnahmen und Leistungen den speziell dafür vorgesehenen Einrichtungen zu übertragen. Neue regionale Projekte, die verschiedene Beratungsangebote unter einem Dach bündeln sollen, sind nur dann sinnvoll, wenn die erfolgreich arbeitenden Beratungsstellen nicht in ihrem Bestand gefährdet werden.

Suchtberatung

Suchtberatung ist eine Pflichtaufgabe des Kreises. Unabhängigkeit und Suchtfreiheit sind die Grundlagen freier eigenverantwortlicher Lebensgestaltung. Insbesondere für Jugendliche ist die Gefahr, in Abhängigkeit von Drogen zu geraten, allgegenwärtig. Das bezieht sich nicht nur auf illegale, sondern auch auf legale Drogen, insbesondere die Volksdroge Nr. 1 – Alkohol. Deshalb sind Prävention und ausstiegsorientierte Angebote Schwerpunkte liberaler Drogenpolitik. Die niedrigschwelligen Informations- und Beratungsangebote der Suchtberatungsstellen im Kreis sollen daher weiterhin unterstützt werden. Wobei wegen des zunehmenden Alkoholmissbrauchs von Kindern und Jugendlichen Beratungs- und Aufklärungsangebote in den Schulen verstärkt werden müssen. Vor Abschluss von Anschlussvereinbarungen mit den Trägern der Suchtberatung sind Ausschreibungen durchzuführen, wobei die Suchtberatungsprogramme auch kleinteiliger zwischen legalen und illegalen Drogen aufgefächert werden sollen, um neben den großen Trägern der Suchtberatung auch kleineren Anbietern Chancen einzuräumen. Aus Kostengründen und wegen der Effektivität schlägt die FDP die Umstellung der Finanzierung auf Basis eines leistungsgerechten Entgeltes pro Beratungskontakt bei gleichzeitiger Budgetierung statt der bisherigen Pauschalzuwendungen an die Träger vor.

Eingliederungshilfen

Integration von Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die inzwischen vom Land in die Zuständigkeit der Kommunen übertragen wurden. Oberstes Ziel ist die Eigenständigkeit von Menschen mit Behinderung zu stärken und ihnen weitestgehend selbstständige Teilnahme am Leben zu ermöglichen. Menschen mit Behinderungen müssen unter Beachtung ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse die Möglichkeit haben, alle Entscheidungen, die sich auf ihr Leben auswirken weitestgehend eigenverantwortlich zu treffen. Die FDP unterstützt daher die Einführung von persönlichen Budgets als Modellprojekte, damit die Behinderten auch finanziell in die Lage versetzt werden, selbständig oder von Betreuern unterstützt und nicht als Objekt der Fürsorge, Entscheidungen für ihr Leben zu treffen.

Arbeitslosengeld II

Seit Einführung des Arbeitslosengeldes II (Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) betreuen Kommunen und Arbeitsagenturen in Arbeitsgemeinschaften (ARGE) aufgrund eines politischen Kompromisses gemeinsam die Langzeitarbeitslosen. Die ARGE zahlt Arbeitslosengeld und vermittelt Arbeitsplätze.

Dieses Modell hat zu einem erheblichen Organisationschaos geführt. Anfängliche Reibungsverluste und Organisationsprobleme sind zwar weitgehend abgebaut, trotzdem bleiben grundsätzliche rechtliche Probleme, unklare Zuständigkeiten, insbesondere nicht eingehaltene finanzielle Zusagen des Bundes, die den Haushalt des Kreises belasten.

Unabhängig von den laufenden Beschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die organisatorische Umsetzung der ALG II – Gesetze fordert die FDP ab 2009 nach Auslaufen des ARGE-Vertrages die organisatorische Neuordnung mit Übertragung der Zuständigkeiten auf die Kommunen bzw. den Kreis.

Familie

Für Liberale steht die Entwicklung der Kinder zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten im Mittelpunkt unserer Familienpolitik. Durch ein verstärktes Miteinander von Eltern, Kindern und Kommune wollen wir vor Ort ein familienfreundliches Klima schaffen, in dem Erziehung, Bildung und Beruf harmonisch miteinander in Einklang zu bringen sind.

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Kindererziehung und Berufstätigkeit müssen in allen Lebenskonzepten nebeneinander möglich sein. Wer Flexibilität im Beruf zeigen soll, muss auch auf flexible Ganztagsbetreuungsangebote zurückgreifen können. Dazu gehört für die FDP insbesondere die Förderung individueller Betreuungsdienstleistungen wie z.B. die Tagespflege, die die Kinderbetreuung durch Tagesmütter und Tagesväter sicherstellt. Diese Betreuungsmodelle sind weiter zu fördern, wobei die bürokratischen Hürden in diesem Bereich zu vermindern bzw. abzubauen sind. Die FDP lehnt übermäßige Reglementierungen strikt ab. Nur so können wir einen Anreiz für mehr betriebliche und private Angebote bieten.

Ebenso ist für eine liberale familienfreundliche Politik ein Angebot von Ganztageskinderplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten von elementarer Bedeutung. Dabei sind Öffnungszeiten an den Bedürfnissen der Eltern flexibel auszurichten. Die Einführung des KiTa - Gutscheinsystems ist hierbei eine wesentliche Forderung der FDP. Wettbewerb sichert eine wohnortnahe, qualitative, kreative, individuelle und kostengünstige Bildung und Betreuung unserer jüngsten Kinder. Unsere Kommunen brauchen für den Bereich der Kinderbetreuung auch die finanzielle Partnerschaft des Landes, welches die Kommunen bei diesen vielfältigen Aufgaben unterstützen muss.

Ältere Menschen

Wir können uns freuen, denn wir werden immer älter und bleiben länger aktiv und gesund. Diesem Umstand wollen wir dadurch Rechnung tragen, dass wir unsere Senioren in das aktive Leben mit einbinden wollen.

Uns ist klar: Ohne die Mitwirkung der ‚Generation 50 plus‘ in Familie, Gesellschaft, Vereinen, Organisationen und auch in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik würde vieles liegen bleiben und vieles nicht mehr geleistet werden.

Die Leistung der älteren Menschen bedarf neben einer Anerkennung durch die Gesellschaft auch der Freihaltung von Risiken und den Ersatz von materiellen Aufwendungen.

Die Pflegeversicherung stößt bereits an die Grenze des Machbaren. Bessere Leistungen bedingen höhere Versicherungsbeiträge. Damit diese aber in Grenzen gehalten werden können, ist die solidarische Selbsthilfe für diejenigen Senioren notwendig, die sich nicht mehr selbst helfen können, aber dennoch in ihrem häuslichen Bereich leben möchten.

In neuen Wohnformen oder auch in generationsübergreifenden Häusern gibt es inzwischen Möglichkeiten, diese Formen des Zusammenlebens zu entwickeln. Wer sich seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit bewahren möchte, kann hier in Gemeinschaft mit anderen sein Leben selbstbestimmt organisieren. Durch Ausweisung von „Quartieren“ in Baugebieten,

möglichst in der Nähe der belebten Zentren der Gemeinden, wollen wir solche Wohnformen künftig fördern. Beispielhafte Projekte, die öffentlich gefördert wurden, sind in Schleswig-Holstein bereits vorhanden.

Eine Betreuung in Pflegeheimen kann dennoch in Einzelfällen notwendig sein. Dies betrifft ca. 10 bis 15 Prozent unserer Hochbetagten. Auch hier ist die ehrenamtliche Zuwendung durch jene Mitbürgerinnen und Mitbürger dieser Generation erwünscht, die noch Energie und Tatkraft verspüren.

Dieses wollen wir fördern und im Rahmen eines guten Miteinanders der Generationen helfend begleiten.

In den Seniorenbeiräten, in den Altenparlamenten und auch in den vielen Seniorenvereinigungen, sind diese Vorstellungen zum Teil sehr ausführlich vorgestellt worden. Wo immer es machbar ist, werden wir solche Vorschläge aufnehmen und umsetzen.

Jugend

Jugendlichen muss verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, Eigeninitiativen zu entwickeln und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Die FDP hat deshalb auch in schwierigen Zeiten den Kreisjugendring unterstützt, der als Dachverband der Jugendorganisationen des Kreises auch eine hervorragende Bildungsarbeit leistet, indem er zusammen mit dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit ehrenamtliche Jugendleiter ausbildet und jugendliche Moderatoren für die kommunale Beteiligung Jugendlicher an der Gestaltung ihrer Gemeinden gewonnen hat.

Die FDP hat sich während der gesamten Wahlperiode aktiv am Projekt „Jugend im Kreistag“ beteiligt. Dieses Projekt soll Jugendliche befähigen, politische Probleme zu erkennen, zu erarbeiten und Lösungsmöglichkeiten zu artikulieren. Das Projekt muss im Interesse der politischen Bildung fortgesetzt werden. Die FDP begrüßt daher die Absicht es Kreisjugendringes, einen Jugendkreistag zu initiieren, damit Jugendliche aktuell ihre Vorstellungen zu kommunalen Problemen einbringen können.

Darüber hinaus soll das Projekt „Jugendarbeit auf dem Lande“ erhalten und ausgebaut werden.

Die Initiative des Amtes Kisdorf, mobile Jugendtreffs einzurichten, ist vorbildlich für den gesamten ländlichen Raum im Kreis Segeberg.

Gleichstellung

Die FDP setzt sich für gleichberechtigte und partnerschaftliche Verteilung und Anerkennung von beruflicher Arbeit, Familienarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit ein.

Frauen und Männer sollen frei entscheiden können, wie sie die jeweiligen Phasen ihres Lebens gestalten.

Die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen soll erhalten bleiben und zum „Diversity Management“ weiter entwickelt werden, wie es bereits in großen Unternehmen der Wirtschaft praktiziert wird.

Durch bewussten Umgang mit der Verschiedenartigkeit von Menschen sollen Diskriminierungen verhindert werden und Chancengleichheit verbessert werden.

Dabei steht die Gesamtheit der Beschäftigten im Unternehmen oder der Einwohnerinnen und Einwohner in einer Kommune im Fokus.

Bei den zu beachtenden Unterschieden handelt es sich zum einen um die äußerlich wahrnehmbaren Unterschiede, von denen die wichtigsten Geschlecht, Ethnie, Alter und körperliche Behinderung sind und zum anderen subjektive Unterschiede wie sexuelle Orientierung, Religion und Lebensstil.

Bei Diversity Management handelt es sich um mehr als nur die Umsetzung von Antidiskriminierungsvorschriften, sondern um ein Gesamtkonzept des Umgangs mit personaler Vielfalt in einem Unternehmen, in einer Kommune, in der Gesellschaft - zum Nutzen aller Beteiligten.

Sicherheit in der Kommune

Zur Lebensqualität in den Kommunen gehört auch die Sicherheit ihrer Bürger. Viele Menschen sind über das Anwachsen insbesondere der Straßenkriminalität und der Einbrüche besorgt.

Die FDP fordert seit langem eine bessere personelle und sachliche Ausstattung der Polizei und Justiz durch die Landesregierung. Die Präsenz der örtlichen Polizeidienststellen vor Ort muss erhalten bleiben und ist in die Gesamteinsatzplanung mit einzubinden.

Die Einführung moderner Führungs- und Leitsysteme wird es künftig möglich machen, unsere Polizei, die Feuerwehren, den Katastrophenschutz und die Rettungsdienste noch effektiver und schneller einzusetzen. Hier ist mit Unterstützung der FDP schon viel geschehen. Die FDP-Fraktion im Kreistag wird im engen Kontakt mit den Verantwortlichen an der weiteren Verbesserung dieses Leistungsangebotes mitwirken.

Die FDP wirkt auf Kreisebene, in allen Städten und Gemeinden des Kreisgebietes in den „kriminalpräventiven Räten“ mit. In diesen arbeiten alle maßgeblichen Verwaltungsressorts (Jugend, Soziales, Bau-, Ordnungs- und Gewerbeämter), gesellschaftliche Gruppierungen (wie Jugendverbände, Bürgervereine, Ausländerorganisationen) und Schulen mit. Sie unterstützen und beraten die Polizei, die kommunalen Vertreter und Verwaltungen, indem sie konkrete Vorschläge zu gewerbe- und baurechtlichen Maßnahmen erarbeiten, die der Entstehung von Tatgelegenheiten entgegenwirken. Sie entwickeln dabei Konzepte, die darauf abzielen, Anreize zur Tatbegehung zu senken, potentielle Täter zu demotivieren, Tatgelegenheiten systematisch abzubauen und potentielle Opfer zu beraten. In diesem ständigen Dialog zwischen den Bürgern und den Verantwortlichen kann schnell auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Gefahren reagiert werden.

Feuerwehr und Rettungswesen

Noch verfügt der Kreis Segeberg über ein dichtes Netz an freiwilligen Feuerwehren.

Durch den von der FDP erst möglich gewordenen Neubau einer Feuerwehrzentrale in Bad Segeberg konnte die Ausbildung für die freiwilligen Wehren in den Gemeinden zentralisiert und viele Dienstleistungen optimiert werden. Dies ist ein besserer Service für die Feuerwehren vor Ort und entlastet die Gemeinden erheblich.

Durch zunehmende gesellschaftliche Veränderungen wird es künftig vermehrt darauf ankommen, die Leistungen der ehrenamtlichen Kräfte in den Rettungsdiensten, bei den Feuerwehren, dem Katastrophenschutz und den anderen gemeinnützigen Organisationen anzuerkennen.

Deren Arbeit, die regelmäßig unter Einsatz von viel Zeit und Energie geleistet wird und zum Teil auch durch Gefahren für die eigene Gesundheit gekennzeichnet ist, verdient nicht nur unser aller Dank und Würdigung, sondern auch eine angemessene materielle Aufwandsentschädigung. Es sollte für uns auch eine Selbstverständlichkeit sein, diese Organisationen mit einer guten Ausrüstung auszustatten und ihnen damit ihren Einsatz zu erleichtern.

Durch die Erweiterung des Autobahnnetzes im Kreis Segeberg im Zuge der A 20 von Lübeck an die westliche Kreisgrenze und der A 21 von Bornhöved nach Bad Oldesloe ist zu erwarten, dass sowohl die Feuerwehren der zuständigen Gemeinden als auch die Rettungsdienste vermehrt zur Hilfeleistungen gerufen werden.

Die FDP fordert daher die finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung damit die Feuerwehren, die Rettungsdienste und der Katastrophenschutz bei der Koordinierung ihrer

Einsätze, bei der Beschaffung angemessener Ausrüstungen und der Ausbildung der Einsatzkräfte unterstützt werden.

Der FDP ist bewusst, dass diese ehrenamtlich erbrachten Dienstleistungen einen hohen Maß an Sicherheit und Lebensqualität für alle Menschen unseres Landes bedeuten. Für die FDP ist dieser lebendige Teil unserer Bürgergesellschaft eine programmatische Verpflichtung und daher unserer ständigen und aktiven Unterstützung sicher.

III. Florierende Wirtschaft – sichere Arbeitsplätze

Die FDP sieht sich als Partner der Wirtschaft.

Liberaler Wirtschaftspolitik zieht sich als roter Faden durch alle Politikbereiche einer Kommune.

Liberaler Wirtschaftspolitik bedeutet Abbau von überbordender Bürokratie im Bau-, Umwelt- und Genehmigungsrecht. Und sie bedeutet Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur, zu der neben dem Bau von Straßen, der stetigen Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch der Bau von Kindertagesstätten und -krippen, Ganztagschulen sowie ein interessantes Sport- und Freizeitangebot gehören. Diese „weichen“ Standortfaktoren ziehen gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte an, die die Wirtschaft dringend braucht.

Liberaler Wirtschaftspolitik soll dem Unternehmer Zeit und Raum für seine Unternehmungen bieten. Er soll seine Zeit nicht mit dem Anfertigen von Statistiken, Analysen oder Anträgen und Anfragen verbringen sondern den Kopf frei haben für konstruktive Ideen, die sein Unternehmen fit für die Zukunft und für den globalen Wettbewerb machen. Und er braucht Raum, Fläche, die ihm durch gute Infrastruktur, durch motivierte Fachkräfte, durch eine intakte Umwelt, die größtmögliche Entfaltung seiner Kreativität bieten. Das nützt den Menschen des Kreises und wirkt sich positiv auf die seine Finanzen aus.

Unterstützung und Stärkung ansässiger Betriebe

Die Wirtschaft des Kreises wird durch seine unmittelbare Nähe zur Metropole Hamburg geprägt. Die mittelständischen Betriebe, die sichere und dauerhafte Arbeitsplätze schaffen, kann sich der Unterstützung durch die FDP sicher sein. Im Kreis Segeberg wird mittlerweile ein Großteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im medizinischen Bereich geschaffen. Die Marke „Gesundheitsregion Kreis Segeberg“ wird von der FDP aktiv unterstützt, den gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist ein optimales Angebot im Gesundheitswesen sowie im Fitness- und Wellnessbereich ein wichtiger Standortfaktor.

Die FDP wird auch weiterhin das Forschungsinstitut Borstel mit seinem international guten Ruf und auch die Paracelsus-Kliniken in Henstedt-Ulzburg und Kaltenkirchen sowie die Segeberger Kliniken bei ihren Ausbauplänen unterstützen. Dies geschieht auch durch eine moderne Kreisverwaltung, die mit umfangreichem Know-how im EU-Recht entsprechende EU-Projekte im Bereich Gesundheit für den Kreis aktivieren konnte und auch weiterhin kann.

EU-Projekte für den ländlichen Raum

Die Förderung des ländlichen Raums durch das EU-Strukturförderprogramm „Leader+“ und seinem Nachfolger „ELER“ wird von der FDP begrüßt. Die hier eingesetzten Mittel des Kreises vervielfachen sich durch die vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger, ohne die die Projekte „Flachswerkstatt“, „Kanutouristisches Lenkungssystem“, „Leben nach dem Kies“ und nicht zuletzt „Linie 47f“ nicht hätten gelingen können.

Moderne Technologien und Bildung

Mit großer Zustimmung und Unterstützung der FDP hat der Kreis im Jahr 2006 ein Kreisentwicklungskonzept (KEK) beschlossen, daß sich an den Schwerpunkten „Arbeiten und Produ-

zieren“, „Zusammen Leben“ und „Das Land nutzen“ orientiert. Für die FDP ist dabei neben einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung die Entwicklung des Kreises als Standort für zukunftsfähige Technologien und Dienstleistungen wichtig. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu lenken. Dies war mit ein Grund, warum die FDP im Jahr 2007 den Ankauf der sog. „Ev. Akademie“ in Bad Segeberg durch den Kreis und die Trägerschaft/Bewirtschaftung durch den „Verein für Jugend und Kultur“ befürwortet hat. Die Mehrheit des Kreistags hat diesen Ankauf leider verhindert und somit dem Kreis die Chancen auf eine Ausweitung seiner Jugend- und Kulturarbeit und seiner Angebote im Bereich der Aus- und Fortbildung für Jugendliche und Erwachsene genommen.

Die im KEK genannten Entwicklungsziele, die auf ein gesundes Wachstum unserer Region unter schonendem Umgang mit den Ressourcen bei gleichzeitiger ertragreicher wirtschaftlicher Nutzung setzen, werden von der FDP nachhaltig unterstützt.

Aktive Wirtschaftsförderungsgesellschaft für alle Kommunen im Kreis

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WEP), die der Kreis gemeinsam mit dem Kreis Pinneberg betreibt, trägt nach erfolgreicher Umstrukturierung wesentlich dazu bei, den Kreis überregional, auch im Süden Deutschlands, als Wirtschaftsstandort bekanntzumachen. Die FDP begrüßt die Aktivitäten der WEP hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Hamburg und den übrigen Kreisen in der Metropolregion. Nur gemeinsam können wir uns gegenüber dem wirtschaftsstarken Süden Deutschlands behaupten.

Sparkassen privatisieren

Von dem Motto der Gemeinsamkeit und Größe hat sich auch die hiesige Sparkasse, die sich in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld zu behaupten hat, leiten lassen. Die FDP hat die Fusionen mit der Kreissparkasse Pinneberg und der Stadtparkasse Neumünster unterstützt, ohne aber von ihrer Forderung nach Abschaffung der Gewährsträgerschaft abzugehen. Es ist nach Auffassung der FDP in der heutigen Zeit nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Sparkassen durch Bürgschaften oder Verpfändungen von Aktienpaketen gegenüber dem originären Wettbewerber zu schützen oder gar zu stützen. Die FDP fordert die Umwandlung der Sparkassen in Aktiengesellschaften und damit ihre (Teil-)Privatisierung. Dem fairen Wettbewerb im Bankensektor wäre damit am besten gedient.

IHK, Handwerkerschaft und Gewerberinge

Die FDP will – wie bisher – eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und seinen Kommunen einerseits und der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, der Kreishandwerkerschaft und den örtlichen Handwerks- und Gewerberingen andererseits unterstützen und fördern. Wichtige Impulse für die Konjunktur im Kreis entstehen durch einen ständigen Informations- und Ideenaustausch mit diesen Verbänden, z.B. die Standort- und Strukturanalyse für den Nord-Osten des Kreises (von Bad Segeberg über Fahrenkrug, Högersdorf, Pronstorf, Wittenborn und Wahlstedt bis Trappenkamp/ Bornhöved). Der von der IHK initiierte Dialog „Zukunftskonferenz Nord-Ost-Kreis Segeberg 2020“ im August 2006 hat bei Politik, Verwaltung und Wirtschaftsführern breite Zustimmung gefunden. Diese Initiativen werden sowohl für die strukturschwachen, wie auch für den sog. Achsenraum (Norderstedt – Henstedt-Ulzburg – Kaltenkirchen bis Bad Bramstedt und Neumünster) von der FDP unterstützt.

Die regionalen Strukturveränderungen erfordern zum einen die Anpassung der Unternehmen an die sich wandelnden Bedingungen im Wettbewerb, zum anderen die Schaffung unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen durch Politik und Verwaltung.

Um die örtliche Wirtschaft von zeitaufwändigen Genehmigungsverfahren zu entlasten, sollten die Verwaltungen sich kreisweit am E-Government Modell des Kreises Segeberg betei-

gen. Nur durch Vernetzung aller Verwaltungsstellen kann das System seine volle Wirkung entfalten.

Öffentlicher Personennahverkehr auf Straße und Schiene

Neben den großen Straßenprojekten wie der Bau der A 20, der Ausbau der A 21, weitere Anschlussstellen an der A 7 bei Norderstedt, Alveslohe, Ellerau, und Bau von Ortsumgehungen (z.B. Bad Bramstedt) fördert und fordert die FDP einen attraktiven ÖPNV im gesamten Kreisgebiet. Die kreisansässigen Betriebe sind auf eine effektive Vernetzung des ÖPNV auf Straße und Schiene angewiesen. Dies zeigen die starken Frequentierungen der Bahnstrecken Neumünster – Bad Segeberg – Oldesloe und auf der Achse Norderstedt – Henstedt-Ulzburg – Kaltenkirchen – Bad Bramstedt der AKN. Einen wesentlichen Anteil am qualitativ hochwertigen ÖPNV-System im Kreis Segeberg trägt die von der FDP unterstützte Verkehrsservicegesellschaft (SVG). Die Optimierung von Taktzeiten und eine bedarfsgerechte Fahrplangestaltung des straßengebundenen ÖPNV, also der Busse, liegen in der Hand der SVG und tragen zu einer effizienten Mittelvergabe im straßengebundenen Personennahverkehr bei.

Die Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Flughafen durch den ÖPNV ist noch immer unbefriedigend. Die FDP fordert eine direkte Zugverbindung des Kreises an den Hamburger Flughafen und den weiteren Ausbau der Anbindung an den Hamburger Hauptbahnhof.

Zur Verbesserung des Verkehrsflusses in den Städten und Gemeinden fordert die FDP

- die Einführung des „grünen Pfeils“ an Ampelanlagen, die akustisch gesichert sind,
- den dem Verkehr angemessenen Ausbau von Kreisverkehren statt Ampelanlagen, dort, wo es den Verkehrsfluss optimiert,
- den Einsatz von Parkleitsystemen in größeren Städten,
- den sinnvollen Ausbau des Radwegenetzes im Kreisgebiet, auch zu Erholungsgebieten und Freizeitparks.

Innovative Verkehrskonzepte

Shared Space – ist ein neuer Ansatz zur Raumplanung und -einrichtung, der in ganz Europa immer mehr Beachtung findet. Shared Space beinhaltet neue Ausgangspunkte für den Gebrauch, den Entwurf und die Unterhaltung unserer Strassen und öffentlichen Räume und hebt die herkömmliche Trennung der verschiedenen räumlichen Funktionen auf.

Es ist nicht beabsichtigt, den *gesamten* Straßenraum eines Landes nach diesen Ideen umzusetzen. Das Konzept gesteht zu, dass stets Räume benötigt werden, die *ausschließlich* Verkehrsfunktionen erfüllen, um den Menschen ein schnelles Vorankommen zu ermöglichen.

Die Raumplanung der letzten Jahrzehnte war besonders von der Vorstellung geprägt dem Verkehr möglichst viel Raum zuzuordnen und die Verkehrsteilnehmer auf getrennte Verkehrsräume zu beschränken. Ausdruck fand dies zum Beispiel in der Verbreiterung von Straßen für Kraftfahrzeuge, also in einer Umgestaltung des Straßenraums, um mehr Platz für den Autoverkehr zu schaffen. Vor allem der Beschleunigung des Kfz-Verkehrs wegen führte die Abtrennung eigener Spuren für Straßenbahn, Fahrrad und Fußgänger zu einer weiteren Zunahme der Gesamtverkehrsfläche. Oft geschah dies auf Kosten der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer und Fußgänger sowie der Anwohner, oder es führte zur schwer überwindbaren Zerschneidung sozial und historisch zusammengehörender Lebensräume.

Seit Beginn der 90er Jahre setzte sich jedoch unter Verkehrsplanern langsam die Erkenntnis durch, dass der öffentliche Raum nicht nur der motorisierten Fortbewegung dient, sondern auch ein Ort ist, an dem Menschen sich mit Muskelkraft fortbewegen, sowie sich aufhalten und verweilen wollen. Ausdruck dieser veränderten Verkehrspolitik sind zum Beispiel Tempo

30 Zonen und verkehrsberuhigte Zonen. Im Unterschied zu diesen Maßnahmen setzt Shared Space jedoch nicht auf restriktive Regeln für die Verkehrsteilnehmer, sondern will eine freiwillige Verhaltensänderung aller Nutzer des öffentlichen Raumes erreichen, die allerdings durch eine entsprechende Raumgestaltung unterstützt werden muss.

Umsetzung

Erreicht werden soll dies, indem Verkehrsregeln beseitigt und durch soziale Regeln ersetzt werden. Zur Regelung des Verkehrs werden nicht mehr Vorschriften und Verbote benutzt, sondern es wird auf ein Miteinander gesetzt. Eine einseitige Bevorzugung irgendeines Nutzers soll vermieden werden. Auffälligstes Merkmal bei der Umsetzung des Projektes ist, nach Möglichkeit sämtliche Verkehrsschilder, Ampeln und Straßenmarkierungen abzubauen. Auch werden die Wege nicht mehr nach verschiedenen Nutzungsarten unterschieden; Fuß- und Radwege werden entfernt, es gibt nur noch eine Verkehrsebene. Eine Trennung wird höchstens optisch markiert; die gemeinsame und gemeinschaftliche Nutzung des zur Verfügung stehenden Raumes ist das Ziel. Dem Autofahrer soll bewusst werden, dass er Teil eines sozialen und kulturellen Gefüges ist, dem er sein Fahrverhalten anpassen muss.

IV. Umwelt und Naturschutz vor Ort

– Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Umwelt und Naturschutz

Naturschutz, Umweltschutz und Landwirtschaft sind keine Gegensätze, nur gemeinsames Agieren aller Interessengruppen führt zu einem vernünftigen Naturschutz, zu einem verantwortungsbewussten Umweltschutz und zu einer intakten Landwirtschaft.

Die FDP tritt für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen ein. Der Schadstoffeintrag in Luft, Wasser und Boden muss verringert, der Landschaftsverbrauch vermindert werden. Die FDP tritt für das Recycling von Gewerbe- und Industrieflächen ein, um neue Flächenversiegelungen zu vermeiden.

Die FDP setzt auf den freiwilligen verantwortungsvollen Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit Natur und Umwelt. Verordneter Umweltschutz (z.B. Baumschutzsatzungen) ist kontraproduktiv.

Klima- und Ressourcenschutz

Die FDP strebt für alle Kommunen die Schaffung eines umfassenden Energiemanagementkonzeptes an. Zielsetzung des Energiemanagements ist es, durch Energieeinsparung

- aus ökologischer Sicht eine Verminderung von Primärenergieeinsatz (Ressourcenschonung) und CO₂-Emissionen (Klimaschutz) zu erreichen.
- aus ökonomischer Sicht den finanziellen Aufwand für Energienutzung zu verringern.

Der Kreis Segeberg soll dabei als Koordinator und mit Fachwissen - beispielsweise durch Energieberater - für gemeindeübergreifende Projekte tätig werden.

Wir wollen

- den Schadstoffausstoß aller kreiseigenen Fahrzeuge auf den von der EU festgelegten Grenzwert herabsetzen.
- ein Förderprogramm für den Einsatz von Solar- und Photovoltaikanlagen auf privaten und öffentlichen Gebäuden soll den Einsatz von erneuerbarer Energie weiter voranbringen.

Abfallwirtschaft und Wegezweckverband

Bei der Abfallwirtschaft gilt für die FDP:

Vermeiden, vermindern, verwerten, von Schadstoffen entfrachten und nachsorgefrei entsorgen.

Es kommt darauf an, die Restabfallmengen so gering wie irgend möglich zu halten.

Die Wiederverwertung muss ökologisch und ökonomisch sinnvoll sein.

Die Bemühungen der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Segeberg um Vermeidung, Verwertung und Trennung muss durch niedrige Müllgebühren belohnt werden.

Es muss das Ziel sein, Restabfallmengen zu verringern und Umweltbelastungen durch schwierig zu beseitigende Stoffe zu vermeiden sowie kostbare Rohstoffe durch Wiederverwertung zurückzugewinnen.

Die thermische Behandlung von Restabfällen ist für die FDP beim derzeitigen Stand der Technik die ökologisch und ökonomisch beste Lösung. Nur so ist eine nachsorgefreie Ablagerung möglich.

Durch Kooperationen auch über Kreisgrenzen hinweg, können die Kosten für die Entsorgung für alle Beteiligten in Grenzen gehalten werden.

Die Abfallentsorgung der privaten Haushalte wird im Kreisgebiet durch den Wegezweckverband effizient und umfassend nach modernsten Gesichtspunkten erledigt.

Die Einführung der Papiertonne ist beispielgebend. Der WZV hat durch die Verbesserung der Qualität dieses wieder verwertbaren Rohstoffes, seine Einnahmeseite verbessert. So können die Gebühren für die Bürger niedrig gehalten werden

Die Zusammenarbeit mit dem Wegezweckverband auch in anderen Bereichen soll nach Auffassung der FDP ausgebaut werden. Für die Liberalen sollte zukünftig die Arge (Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Kreis und dem Wegezweckverband zur gemeinsamen Pflege und zum Unterhalt der Kreis- und Gemeindestraßen) ganz in den Wegezweckverband integriert werden, um so effektiver das gemeinsame Straßennetz unterhalten zu können.

V. Liberale Bürgergesellschaft in der Kommune

Bürgerfreundliche Verwaltung heißt Serviceorientierung

Der Kreis Segeberg zählt zu den großen Kreisen Schleswig-Holsteins und hat im Bundesvergleich der Kreise niedrige Verwaltungskosten pro Einwohner. Dazu hat die FDP mit ihren Initiativen zur Privatisierung von Aufgaben, zu Deregulierung und schlanker Verwaltung erheblich beigetragen.

Wir im Kreis Segeberg sind also gut aufgestellt und brauchen keine Kreisfusionen, die zu unübersichtlichen Verwaltungseinheiten führen und Bürgernähe verlieren lassen. Wichtiger als die Zusammenlegung von Kreisen ist eine Verwaltung, die den Bürgern lange Wege und Wartezeiten erspart. Die FDP setzt bei ihrem Engagement für eine schlanke bürgernahe Verwaltung daher mehr auf Aufgabenkritik, Dezentralisierung und Verwaltungskooperationen.

Der Kreis Segeberg ist dabei nicht nur mit der elektronischen Bauakte, bei der sich der Antragsteller mittels einer geschützten Internetabfrage jederzeit über den Bearbeitungsstand informieren und so Nachfragen und lange Postwege sparen kann, sondern auch mit der Möglichkeit, Anträge in Kreiszuständigkeit auch bei den örtlichen Verwaltungen stellen zu können (E-Government), an der Spitze. Diese Spitzenstellung will die FDP halten und ausbauen.

Im Verbund vor allem mit den anderen Gebietskörperschaften der Metropolregion Hamburg und der Hansestadt Hamburg selbst müssen weitere Erleichterungen für Bürger und Wirtschaft erarbeitet werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Kreise der Metropolregion auch bei der gemeinsamen arbeitsteiligen Bewältigung von Aufgaben zusammenarbeiten. Die traditionell gute Zusammenarbeit mit dem Kreis Pinneberg ist auch auf die Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn, ja sogar auf die Hansestadt Lübeck auszudehnen. Der FDP ist es dabei wichtig, dass sich diese Zusammenarbeit auf die gesamte schleswig-holsteinische Metropolregion erstreckt, denn die Kooperation der Häfen Hamburg und Lübeck sowie die neue Anbindung des Kreises an Polen und das Baltikum über die Autobahn A 20 erfordern ein geschlossenes Handeln des Hamburger Umlandes.

Die FDP will durch Dezentralisierung der Aufgabenerfüllung mit Hilfe moderner Kommunikationsmedien den Bürgern in den Städten und Gemeinden dienen und die Arbeit des Kreises transparenter machen.

Gleichzeitig eröffnet Dezentralisierung den Mitarbeitern der Verwaltung durch Telearbeitsplätze die Möglichkeit, Arbeit und Familie besser zu vereinbaren.

Viele Aufgaben in den Bereichen Sport sowie Kinderbetreuung und Jugendpflege sind mit starkem Engagement der FDP bereits auf freie Träger, Vereine und insbesondere den Kreissportverband und den Kreisjugendring übertragen worden. Diese „Entstaatlichung“ muss im Sinne der Einsparung von Doppelbefassungen und Verwaltungskosten weiter fortgeführt werden. Das ist praktizierte Bürgernähe.

Solide Finanzen – verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

Die FDP-Fraktion im Segeberger Kreistag hat sich seit jeher als Anwalt der steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger verstanden.

Geordnete kommunale Finanzen sind Voraussetzung für eine hohe Wirtschaftskraft sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze, für ein blühendes gesellschaftliches und kulturelles Leben; sie sind ein entscheidender Vorteil im Standortwettbewerb der Kreise.

Die FDP-Fraktion im Segeberger Kreistag hat sich immer vehement engagiert im Kampf gegen die sich seit langem abzeichnende Verschuldung des Kreises, zum Teil gegen heftigen Widerstand der anderen Fraktionen im Kreistag.

Folgende Instrumente sind auf Drängen der FDP-Fraktion in den vergangenen Jahren zur Einschränkung der haushaltspolitischen Verlotterung entwickelt und angewandt worden:

- Einführung der Budgetierung und Produktverantwortung im Haushaltswesen,
- Bemessung aller freiwilligen Leistungen und Zuschüsse des Kreises an Vereine und Verbände an der finanziellen Leistungskraft der Empfänger,
- Budgetierung der Zuschüsse an Vereine und Verbände, die im Beratungswesen, in der sozialen Betreuung, der Erziehung, der Bildung und dem Sport tätig sind,
- Komprimierung der Verwaltung und Reduzierung der Personalkosten (verstärkter IT-Einsatz),
- Nutzung privatwirtschaftlicher Möglichkeiten durch Verkauf von Einrichtungen an Private (z. B. defizitäre Krankenhäuser) und Organisationsprivatisierung von Einrichtungen (z. B. Immobilienwirtschaft als Eigenbetrieb),
- Verkauf nicht benötigter Immobilien.

Trotz schlechter Konjunkturlage ist es zwischen 1998 und 2003, als die FDP zur Mehrheitsbildung im Segeberger Kreistag benötigt wurde, gelungen, ausgeglichene Haushalte einschließlich Schuldenabbau vorzulegen.

Die FDP wird deswegen diesen Maßnahmenkatalog auch in der kommenden Wahlperiode verfeinern und weiter auf seine Anwendung drängen.

Seit 2003 gilt wieder: die Finanzlage des Kreises ist miserabel. Der erneute Schulden- und Defizitanstieg ist im wesentlichen den Leistungsgesetzen der Bundesgesetzgebung geschuldet, die der Kreis durchführen muss.

Zukunftsstrategie der FDP:

Es ist das Ziel der FDP-Fraktion,

- a) den Wiedereinstieg in den Abbau der Altschulden durchzusetzen (Fernziel ist der Abbau der gesamten Altschulden in einem Zeitraum von 25 bis 30 Jahren),
- b) wieder jährliche Haushalte zu beschließen, die dem Haushaltsrecht entsprechen (keine Defizite wegen konsumtiver Ausgaben, Kredite nur für geplante Investitionen bzw. investitionsfördernde Maßnahmen, mittelfristiges Ziel ist die Vorlage wieder ausgeglichener Haushalte am Ende der kommenden Wahlperiode 2008 – 2021/3),
- c) die jährliche Inanspruchnahme des Kassenkredites (der Dispo des Kreises, um Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden) in Höhe von bisher 35 Mio. Euro auf mindestens 15 bis 20 Mio. Euro herunterzuschrauben.

Folgende Maßnahmen will die FDP in der nächsten Wahlperiode einleiten:

Kooperation der Kreise

Zur Einsparung von Verwaltungskosten (Sachkosten und Personalkosten) setzt die FDP auf die Kooperation mit anderen Kreisen. Die von der Landesregierung behauptete Einsparung und Entlastung der Kreishaushalte durch zwangsweise Zusammenlegung mehrerer Kreise zu vier bis fünf Großkreisen in Schleswig-Holstein ist nicht glaubhaft: Bisher liegen weder überprüfbare Kostangaben zu Einsparmöglichkeiten vor noch verlässliche Hinweise zu möglichen „Aufgabeneinsparungen“ für die Kreise, obwohl dies von der Landesregierung als Begleitmaßnahme (sog. Schlie-Katalog) versprochen worden war.

Im Gegenteil: Es steht zu befürchten, dass das Land lediglich eigene Aufgaben und Personal an die Kreise abgeben will, zum Zwecke der eigenen Entlastung. Dies wird die FDP auf allen politischen Ebenen bekämpfen. Sie setzt sich ein für den Erhalt der bestehenden Kreise.

Stattdessen setzt die FDP auf die freiwillige Kooperation der Kreise dergestalt, dass ein Kreis spezielle Aufgaben jeweils für mehrere andere Kreise erledigt (z.B. der Kreis Segeberg im Veterinärwesen für die Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg).

Kostenbewusstsein durch Vergleichbarkeit

Die FDP setzt sich auf allen Aufgabenfeldern, in denen eine kostenvermindernde Kooperation nicht möglich ist, ein für den Ausbau eines sog. Benchmarksystems (der jeweils kostengünstigste Kreis wird als verpflichtender Maßstab für alle anderen Kreise genommen); das trägt dauerhaft zu einer Reduzierung von Verwaltungskosten bei.

Kooperation der Kreise mit privaten Dienstleistungsanbietern (ÖPP / PPP)

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass der Kreis weiterhin die Möglichkeit der Privatisierung von Einrichtungen und Leistungen nutzt. Vor allem wird die FDP darauf drängen, dass durch die Schaffung von Partnerschaften zwischen Kreisen und privaten Anbietern (öffentlich-private Partnerschaft, ÖPP; od.: public-private-partnership, PPP) Geld mobilisiert wird um z. B. in Gebäude-, Straßen, Einrichtungen aller Art zu investieren.

Öffentliche Hand und privater Dienstleister schließen einen Vertrag mit detaillierten Regelungen über Zustandsdefinition, Standards, Anpassungsregelungen und Konfliktmanagement; das Eigentum der öffentlichen Hand wird nicht übertragen, der Mittelstand wird eingebunden.

Neues Schulden- und Zinsmanagement

Die Kreis-FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Institution des „Kreditausschusses“ des Kreises fortbestehen bleibt. Dieser Ausschuss, bestehend aus Vertretern des Kreises und einer privaten Bank nutzt Instrumente des Geldmarktes (Derivate), um für die Bewirtschaftung der Schulden, der Kassenkredite und neuer Kredite günstigere Konditionen als bisher zu schaffen. In Zeiten tendenziell steigender Zinsen bei immensen Schulden können die finanziellen Belastungen des Kreises um bis zu sechsstelligen Summen jährlich reduziert werden.

Keine Enteignungspolitik durch das Land

Die FDP-Kreistagsfraktion lehnt den Eingriff des Landes in den kommunalen Finanzausgleich in 2007 und 2008 (= *Finanzmasse auf Landesebene, die den Kreisen, Städten und Gemeinden für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zusteht*) in Höhe von 120 Mio. Euro jährlich ab. Da diese Maßnahme nicht von glaubhaften Einsparangeboten (z.B. *Streichung von Aufgaben, Deregulierung*) der Landesregierung an die Kommunen begleitet ist, muss dieser Eingriff als ein rücksichtsloser Versuch des Landes gewertet werden, sich auf Kosten der Kommunen finanziell zu sanieren.

Die FDP fordert: entweder ein glaubhaftes Angebot an die Kreise zu möglichen Einsparungen in ihrem Aufgabenkatalog oder Verzicht auf diese Maßnahme.

Mehr Wettbewerb im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Die Kreis-FDP wird sich dafür einsetzen, dass in der kommenden Wahlperiode das von der EU seit langem geforderte Wettbewerbsprinzip bei der Vergabe von Linien im ÖPNV kreisweit eingeführt wird. Das wird erfahrungsgemäß zu billigeren und gleichzeitigen besseren Leistungsangeboten führen, was bisher durch monopolistische Strukturen verhindert wurde. Das verringert den hohen finanziellen Beitrag des Kreises zur Ausgestaltung des ÖPNV.

Gründung einer Kulturstiftung

Die Gründung einer Kulturstiftung trägt dazu bei, in Zeiten knappen Geldes Kultur, Bildung, Sport weiter durch die öffentliche Hand zu fördern. Die FDP setzt sich seit langem für eine solche Gründung ein.

Die Kreis-FDP wird Initiativen dahingehend ergreifen, dass ein Teil des von der Sparkasse Südholstein zurückfließenden Kapitals, das ihr vom Kreis als finanzielle Unterstützungsmaßnahme gewährt worden war, zur Bildung eines Kapitalstocks dieser Stiftung verwendet wird.

Die Kreis-FDP wird im übrigen weiterhin auf die FDP-Landtagsfraktion einwirken, um eine Änderung des Landessparkassengesetzes herbeizuführen, durch die die Beteiligung privaten Kapitals an den Sparkassen (auch mehrheitlich) ermöglicht wird. Das ist besser, als sie durch öffentliche Gelder zu subventionieren. Und: es stärkt die Sparkasse Südholstein, würde ihr als wichtiger Stütze des Mittelstandes neues Know-how zuführen und die geringe fachliche Professionalität der politischen Verwaltungsratsmitglieder verschwinden lassen. Und: eine schnellere Rückzahlung der „Schulden beim Kreis“ wäre möglich, was der geplanten Kulturstiftung zugute käme.

Keine willkürliche Manipulation der Kreisumlage - Schaffung einer Kreissteuer

Der Kreis hat laut Gesetz keine eigenen Steuereinnahmen, er wird u.a. durch eine Umlage der kreisangehörigen Kommunen finanziert, deren Höhe alljährlich neu festgesetzt werden muss. Eine Senkung der Kreisumlage - eine ständige Forderung der FDP-Kreistagsfraktion -

scheint trotz guter Konjunkturlage kaum möglich, da erst die Schulden abgebaut bzw. das alljährliche Defizit verringert werden muss.

Die FDP will die Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durch die Kreisumlage möglichst gering halten. Die Höhe der Umlage muss sich am Umfang der sog. Ausgleichsaufgaben des Kreises (z.B. ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Gesundheitswesen, Abfallwirtschaft) orientieren. Mittelfristig strebt die Kreis-FDP eine Senkung des aktuellen Satzes (36,5%) an.

Die FDP fordert die Schaffung einer speziellen Kreissteuer, entnommen aus dem bestehenden Steueraufkommen der Kommunen, also ohne Steuererhöhungen.

Impressum

Herausgeber: FDP Kreisverband Segeberg
c/o Joachim Behm
Graf Stollberg-Strasse 5
24576 Bad Bramstedt
Telefon: 04192 – 4159

Verantwortlich i.S.d.P.G: Joachim Behm

Textbeiträge:

- Rosemarie Jahn
- Katharina Loedige
- Joachim Behm
- Tobias Claßen
- Klaus-Peter Eberhard
- Dr. Manfred Muschke
- Dr. Jörg Seeger
- Wolfgang Schnabel
- Klaus-Peter Schroeder